

ERNEUERBARE ENERGIEN

Der Kampf ums EEG

Nicht nur die Grünen hadern mit der Novelle des Gesetzes. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Weil fordert nun ehrgeizigere Ziele.

Klaus Stratmann Berlin

Wenn der Bundestag am Freitag kommender Woche über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) berät, hat die Regierungskoalition die Kritik der Grünen-Bundestagsfraktion schon eingepreist. Es ist absehbar, dass die Grünen der schwarz-roten Regierung vorwerfen werden, der Gesetzentwurf sei nicht ambitioniert genug.

Doch nicht nur die Grünen sind unzufrieden. Auch dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD), der in Hannover mit der CDU regiert, geht der Gesetzentwurf nicht weit genug. "Die EEG-Novelle fußt auf falschen Annahmen. Die dem Entwurf zugrunde liegende Strombedarfsprognose ist viel zu konservativ", sagte er dem Handelsblatt.

Hinzu komme, dass sich eine Verschärfung der Klimaschutzziele abzeichne. "Wenn auf EU-Ebene eine Erhöhung des Klimaschutzziels für 2030 auf 55 oder sogar 60 Prozent beschlossen wird, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien zusätzlichen Schub bekommen", sagte Weil. Diesen Überlegungen trage der Entwurf "in keinsten Weise Rechnung". Wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen wolle, müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien "deutlich beschleunigt werden".

Eine am Donnerstag gemeinsam von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität vorgestellte Studie kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Die Bundesregierung habe das Ziel der Klimaneutralität beschlossen, "aber sie hat keinen Plan dafür", kritisierte Patrick Graichen, Chef der Denkfabrik Agora Energiewende. Der Ausbau der Erneuerbaren müsse erheblich beschleunigt werden.

Das Bundeskabinett hatte den Entwurf der EEG-Novelle aus dem Haus von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im September verabschiedet. Der Entwurf schreibt jährliche Ausschreibungsmengen für Windräder an Land, für Photovoltaik- und für Biomasseanlagen fest.

Mit dem Ausbau soll erreicht werden, dass der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch, der im ersten Halbjahr 2020 rund 49 Prozent betrug, bis 2030 auf 65 Prozent steigt. Das Bundeswirtschaftsministerium unterstellt dabei, dass der jährliche Stromverbrauch von derzeit gut 500 Terawattstunden (TWh) bis 2030 nur auf rund 580 TWh steigt.

Nach Überzeugung Weils führt diese Annahme in die Irre. "Wir müssen uns in der Frage des Strombedarfs ehrlich machen. Wir brauchen eine fundierte Prognose, die den unabwiesbaren Entwicklungen Rechnung trägt", sagte Weil. Es sei "niemandem damit gedient, wenn wir uns hinsichtlich des Strombedarfs etwas vorgaukeln".

In diese Kerbe schlagen auch die Autoren der Agora-Studie. Sie gehen davon aus, dass der deutsche Strombedarf bis 2050 um die Hälfte höher liegen wird als heute, obwohl der Energiebedarf insgesamt um die Hälfte sinkt. Grund dafür ist, dass Strom als Energieträger Kohle, Öl und Gas ersetzt und für die Produktion von Wasserstoff sehr viel Strom nötig ist.

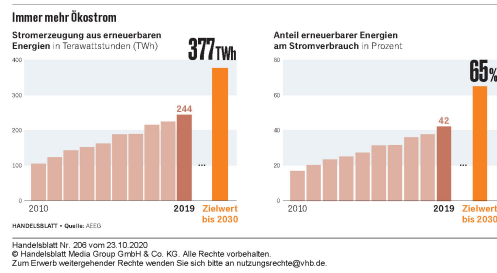
Dieser Argumentation folgt auch Weil: "Die Menge an erneuerbarem Strom, die für die Produktion von grünem Wasserstoff benötigt wird, ist enorm. Auch das muss eine Strombedarfsprognose berücksichtigen", sagte der SPD-Politiker.

/// Kritik auch vom Wasserstoffrat //

Rückendeckung erhält Weil vom Nationalen Wasserstoffrat. Das Gremium besteht aus 25 Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Es berät den von der Bundesregierung eingesetzten Staatssekretärsausschuss, der die Umsetzung der Wasserstoffstrategie begleitet. Der Rat empfiehlt in seiner am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme zur EEG-Novelle, die Ausbauziele zu erhöhen, damit der für die Wasserstoffelektrolyse erforderliche zusätzliche Strombedarf abgedeckt werden kann. Außerdem benötigten die Investoren Klarheit über die Befreiung der Wasserstoffelektrolyse von der EEG-Umlage.

Dieses Thema treibt auch Weil um. "Ich finde es irritierend, dass die Bundesregierung ihre Zusage noch nicht umgesetzt hat, die Produktion von grünem Wasserstoff mittels Strom aus erneuerbaren Energien von der EEG-Umlage zu befreien", sagte er. Die Unternehmen wollten Milliarden investieren. "Aber sie sind dazu auf schnelle, klare Entscheidungen der Politik angewiesen. Ein Signal der Bundesregierung ist längst überfällig."

Stratmann, Klaus



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 206 vom 23.10.2020 Seite 012

Ressort: Politik

Branche: ENE-01 Alternative **Energie B**

Börsensegment: org
org
org
org

Dokumentnummer: A9F2BDC3-240F-43A9-9D2E-6746B244E02A

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB__A9F2BDC3-240F-43A9-9D2E-6746B244E02A%7CHBPM__A9F2BDC3-240F-43A9-9D2E

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH